

## Grüne Forderungen

Statt einem „Weiter so“ der für alle sichtbar gescheiterten Verbotspolitik setzen wir Grüne auf einen faktenbasierten Umgang mit Drogen, regulierte Abgabemodelle, die Entkriminalisierung von Konsument\*innen und die Stärkung von Aufklärung, Prävention und Suchthilfe.

- » Wir begleiten die Cannabis-Legalisierung auf Bundesebene konstruktiv und werden sie in Berlin schnell und praktikabel umsetzen.
- » Wir wollen Steuereinnahmen gezielt zur Stärkung von Prävention, Beratung und Suchthilfe nutzen.
- » Keine Legalisierung ohne Eigenanbau: Wir sagen dem Schwarzmarkt den Kampf an, nicht den Konsument\*innen.
- » Wir setzen uns für eine Amnestieregelung für Cannabis-Konsument\*innen ein.
- » THC aus dem Betäubungsmittelgesetz streichen: Wir wollen keine Kriminalisierung durch die Hintertür und keine Beschlagnahmung durch die Polizei!
- » Wir schaffen niedrigschwellige Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten – insbesondere für Jugendliche.
- » Gesundheitsschutz beim Konsum von verbotenen Substanzen erhöhen: Wir bringen Drugchecking in Berlin in Fahrt und bauen es aus.
- » Wir setzen uns für eine Ausweitung von Angeboten der Suchthilfe ein, z.B. mit mehr sicheren Drogenkonsumräumen und längeren Öffnungszeiten.
- » Entkriminalisierung anderer Substanzen in geringen Mengen: Wir wollen Stigmatisierung und Kriminalisierung beenden.

## Kontakt



### Catherina Pieroth

Sprecherin für Gesundheit, Wissenschaft und Drogenpolitik  
Tel. +49 (0)30.2325-2477  
catherina.pieroth@gruene-fraktion.berlin  
www.catherina-pieroth.berlin

### Vasili Franco

Sprecher für Innen- und Drogenpolitik  
Tel. +49 (0)30.2325-2408  
vasili.franco@gruene-fraktion.berlin  
www.friedrichshainer.berlin

Dieser Flyer darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

### Herausgegeben von:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5 | 10117 Berlin  
[www.gruene-fraktion.berlin](http://www.gruene-fraktion.berlin)

### Folgen Sie uns auf Instagram und Twitter:

[instagram.com/GrueneFraktionBerlin](https://www.instagram.com/GrueneFraktionBerlin)  
[twitter.com/GrueneFraktionB](https://twitter.com/GrueneFraktionB)

Redaktionsschluss: 4. November 2022

Foto Titel: Matthew Brodeur/Unsplash, Foto Innenteil:  
jarmoluk/Pixabay, Foto Kontakt: Alisa Raudszus



# LEGALIZE IT!

Vernunft statt Verfolgung –  
für eine progressive und  
faktenbasierte Drogenpolitik



## Cannabis wird endlich legal

Bald ist es so weit: Unsere langjährige bündnisgrüne Forderung „Gebt das Hanf frei“ wird Realität! Wir begleiten den Prozess zum Gesetzesentwurf der kontrollierten Freigabe von Cannabis auf Landesebene und setzen die Legalisierung in Berlin zügig um. Dafür braucht es ausreichend Abgabestellen, eine praktikable Umsetzung der Lizenzierung, geschultes Fachpersonal und die Legalisierung des Eigenanbaus.

## Entkriminalisierung sofort

Unabhängig von der Cannabis-Legalisierung braucht es jetzt einen neuen Ansatz der Entkriminalisierung, der u.a. in Portugal zu weniger Drogentoten geführt hat und den Gesundheits- und Jugendschutz stärkt. In Berlin setzen wir uns für eine Übergangslösung ein, die die sinnlose Verfolgung von Konsument\*innen beendet. Denn bis heute trägt die Arbeit der Polizei und Staatsanwaltschaften wenig zur Bekämpfung der Drogenkriminalität bei, bindet massiv Ressourcen und lässt die organisierte Kriminalität weiter unbehelligt.

Wir wollen die Berliner Regelung zum Besitz „geringer Mengen“ verbessern, sodass Cannabisdelikte nicht mehr verfolgt werden. Aber auch bei anderen sogenannten „Partydrogen“, wie MDMA, Ecstasy oder Amphetaminen in kleinen Mengen, soll von der Strafverfolgung abgesehen werden.

## Keine Kriminalisierung durch die Hintertür

Auch nach der Legalisierung machen wir uns weiter für den Schutz von Konsument\*innen stark: THC-Obergrenzen oder maximale Besitzmengen lehnen wir ab. Das befeuert nur den Schwarzmarkt und schafft neue Möglichkeiten für Kontrollen und Repression.

## Amnestieregelung durchsetzen

Für Betroffene des repressiven Strafrechts braucht es eine Regelung zum Straferlass bei konsumnahen Delikten. Menschen, gegen die ein Strafverfahren geführt wird, ausschließlich wegen Besitz, Anbau oder Handel von geringen Mengen, sollen nicht weiter verfolgt und stattdessen rehabilitiert werden.

Behördeneinträge müssen gelöscht, noch offene Gefängnisstrafen erlassen und laufende Verfahren kostenfrei eingestellt werden. Wer die Folgen eines Berufsverbots oder Freiheitsentzugs erlitten hat, sollte eine finanzielle Entschädigung erhalten. Auch entzogene Führerscheine sollen wieder erteilt werden.

## Niedrigschwellige Prävention & Suchtberatung

Der Verbraucher\*innen- und Jugendschutz ist ein zentraler Pfeiler unserer Drogenpolitik. Auf dem Schwarzmarkt fragt niemand nach dem Ausweis oder verteilt Beipackzettel. Daher braucht es mehr niedrigschwellige, individuell zugeschnittene Beratungsangebote für alle Zielgruppen. Dabei setzen wir an der Lebensrealität der Betroffenen an: von frühzeitigen Informations- und Ansprechmöglichkeiten an Schulen über die klassische Suchtberatung bis hin zur medizinischen Suchttherapie. Um die Angebote der Berliner Suchthilfe finanziell noch besser auszustatten, müssen die durch die Cannabissteuer erzielten Einnahmen genutzt werden.

Die Träger in Berlin setzen auf eine „akzeptierende Suchthilfe“; dabei werden wir sie noch stärker unterstützen. Wir setzen uns für den Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen, aber auch für sichere Drogenkonsumräume sowie Spritzenautomaten und -abgabestellen ein. Denn so verhindern wir die Ausbreitung von Krankheiten und die Vermüllung öffentlicher Orte, die von allen Berliner\*innen genutzt werden.

## Drugchecking startet jetzt durch

In Berlin startet das Drugchecking-Projekt an drei Abgabestellen. Fixpunkt e.V., die Schwulenberatung Berlin und vista beteiligen sich an dem Projekt. Konsument\*innen können dort ihre Proben abgeben und untersuchen lassen. Teil des Angebots ist auch ein freiwilliges Beratungsgespräch mit Sozialpädagog\*innen. Das Untersuchungsergebnis der Substanzen erhält man innerhalb weniger Tage.

Das Drugchecking-Angebot ist völlig legal und es findet keine Kontrolle der Konsument\*innen statt. Wir Grüne wollen perspektivisch das Angebot ausweiten, z.B. direkt vor Clubs und mehr „Point of Care“-Abgaben ermöglichen, um die Konsumrisiken zu mindern.



## Fakten statt Ideologie

Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen immer wieder, dass Repression den Konsum nicht verhindert, sondern nur gefährlicher macht. Konsument\*innen werden bis heute an den Rand der Gesellschaft gedrängt und stigmatisiert. Wissen und Bewusstsein für einen möglichst risikoarmen und verantwortungsbewussten Konsum sind daher wichtig. Für uns gilt gleichzeitig die Verpflichtung zu ernsthafter Aufklärung, Prävention und ein niedrigschwelliger Zugang zu Beratungs- und Hilfsangeboten.